



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-y-: Die Tätigkeit der ungarischen Koalition

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Tätigkeit der ungarischen Koalition



ie Wandlungen auf dem innerpolitischen Gebiete in beiden Teilen der habsburgischen Monarchie erschienen in den letzten Jahren recht bedeutend, so bedeutend sogar, daß wieder einmal die Auflösung des Dualismus und damit der Anfang vom Ende angekündigt wurde. Diese Melodie hört man aber schon seit Jahren, und was hat sich denn endlich in dieser Zeit der Seremiaden, gegenseitigen Anfeindungen, Beschuldigungen und Klagen nach allen Seiten geändert? Eigentlich soviel wie nichts, und dem unbeteiligten Zuschauer fängt die Sache an nach und nach etwas langweilig zu werden. Gewiß war wieder einmal das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn in Unsicherheit geraten, aber das ist in frühern Jahrhunderten schon vielfach der Fall gewesen, und die ungarischen Stände haben dem Hause Habsburg oft noch viel feindseliger gegenübergestanden als lezthün der ungarische Reichstag. Wenn es so geschehen hat, als dränge Ungarn auf wirtschaftliche und militärische Scheidung hin, so liegt das daran, daß augenblicklich dort eine Richtung die parlamentarische Oberhand gewonnen hatte, der die Ausgleichsgedanken Andrássy und Deak's fremd waren. Aber was sie an regierender Stelle zu leisten vermochte, hatte nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür geboten, daß sie sich dauernd erhalten könnte. Wirtschaftliche Selbständigkeit ohne militärische hätte überhaupt wenig Wert, und die letzte gibt es nicht, weder unter Kaiser Franz Joseph noch unter einem seiner Nachfolger, und bei der Haltung der Armee schon gar nicht. Man muß, um ein Wort Bismarck's zu gebrauchen, solche Konflikte nicht zu tragisch nehmen, darf sich auch nicht dadurch heirren lassen, daß die verbreitetsten Wiener Blätter, die die parlamentarischen Machterweiterungsbestrebungen in Ungarn „aus Prinzip“ unterstützen, schon seit Jahren die Miene vornehmen, als sei die Einheit der Armee bereits aufgegeben. Es muß schon darum falsch sein, weil von diesem Moment an Österreich-Ungarn bündnisunfähig geworden wäre. Das ist aber keineswegs der Fall, bisher hat selbst die seit Jahren eingestandne Rückständigkeit des

Artilleriematerials die habsburgische Monarchie nicht bündnisunfähig gemacht. Nirgends droht eine äußere Gefahr, und die Verbündeten konnten in Ruhe abwarten, bis die magyrischen Heißsporne ihre durch die Macht der Phrase errungene Stellung wieder eingebüßt oder vernünftigeren Leuten Platz gemacht hatten, nachdem das Volk zu der Einsicht gekommen war, daß es sich auf Stripsaden bewegte.

Man hatte allerdings in den letzten Jahren die Agitation etwas eilig betrieben, weil man dem in vielen Dingen nachgiebig gewesenen hochbetagten Kaiser Franz Joseph noch etwas abzapressen gedachte, was sicher kein Nachfolger gewähren würde. Es kann aber niemand von den Habsburgern erwarten, daß sie etwa, anders als die Hohenzollern, in der Frage der Hoheit über die Armee nachgeben würden. Wer die Vorgänge der letzten Jahre mit unbefangnem Auge verfolgt hat, der muß die Festigkeit des greisen Monarchen anerkennen, mit der er unerschütterlich wie einst Kaiser Wilhelm der Erste an seiner Armee festhält, obwohl er fast auf keiner Seite Unterstützung fand, ein Meer von Entstellungen und indirekten Angriffen ihn umgab, und er seinen Lieblingsgedanken, daß er wenigstens Ungarn glücklich gemacht habe, mit Schmerz als Täuschung erkennen mußte. Wer ihm aber in der Heeresfrage den Vorwurf der Unentschiedenheit macht, der sagt die Unwahrheit. Und wenn er morgen als oberster Kriegsherr den aus Ungarn rekrutierten Regimentern Fahnen mit seinen Abzeichen als König von Ungarn verleihen will, so wird das noch lange keine Teilung der Armee bedeuten, aber die ungarischen Regimenter werden sich unter den neuen Fahnen ebenso tapfer schlagen wie unter den jetzigen Feldzeichen, gerade so wie einst die bayrischen, sächsischen, braunschweigischen usw. Regimenter mit ihren Fahnen neben den preussischen. Davon hängt die Tüchtigkeit eines Heeres durchaus nicht ab, wohl aber davon, daß es einen Kriegsherrn hat, der die Sache versteht und von einem höhern Standpunkte aus betrachtet, und daß nicht wechselnde parlamentarische Kriegsminister ihre Privatliebhabereien daran erproben, wie die Zustände gewisser Armeen und Flotten leider lehren. Kaiser Franz Joseph hat den Magyaren in den letzten vierzig Jahren wahrlich keinen Anlaß gegeben, mit ihm unzufrieden zu sein. Er hat in allen nicht ausschlaggebenden Fragen ihnen stets nachgegeben, weil sie immer einen korrekten parlamentarischen Aufmarsch in Szene zu setzen verstanden, was in der andern Reichshälfte allemal verunglückte. Nur als sie die militärische Oberhoheit der Krone berührten, war der Konflikt da. Das Rechtsverhältnis zwischen Österreich und Ungarn gründet sich auf die Pragmatische Sanktion von 1723, nach der unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Ungarns dieses mit den österreichischen Erblanden nur durch die Person des Herrschers und den Zweck der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit verbunden wird. Daraus ergibt sich, daß die Leitung der äußern Politik und des Kriegswesens gemeinsam sein muß, daß aber beide Reichshälften kein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden brauchen.

An diesem durch die dualistischen Verträge von 1867 bestätigten Verhältnis hat Kaiser Franz Joseph immer festgehalten. Die zum Zwecke parlamentarischen Machterwerbs in Wien und Budapest im Einverständnis wirkende Presse ist freilich unausgesetzt bemüht gewesen, teils aus falscher Auffassung, teils aus andern Gründen die Lage anders und namentlich den Monarchen als schwankend darzustellen. Das ist aber durchaus unberechtigt. Um die heutige Lage klar zu machen, ist eine kurze Darstellung der Vorgänge der letzten Jahre nötig. Die herrschende Clique in Ungarn, die sich die liberale Partei nannte, hatte nach und nach, um der immer mehr gegen sie anwachsenden Opposition zu begegnen, mit den magyrischen Richtungen paktieren müssen, die aus mehr oder weniger ernstern und klaren Gründen für die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns agitierten. Szell hatte durch die Aufnahme der solche Forderungen vertretenden Nationalpartei in die liberale Partei diese zwar ungemein vergrößert, aber auch den Konflikt mit der Krone unvermeidlich gemacht. Es folgte dann der Sturz Szells, das Doppelspiel der liberalen Partei, im stillen Einverständnis mit der Unabhängigkeitspartei durch deren Obstruktion im Reichstag einen Teil der ungarischen Militärforderungen doch zu erpressen, darauf am 16. September 1903 der Armeebefehl von Chlopy. Die Liberalen, die seit geraumer Zeit wußten, daß der Monarch außer den dem Ministerium Szell schon gemachten Zugeständnissen in militärischen Dingen nichts weiter bewilligen werde, sahen sich nun vor die Wahl gestellt, entweder offen zur Opposition überzugehen oder sich dadurch in der Regierung zu erhalten, daß sie sich für die militärischen Forderungen der Krone einsetzten. Sie entschieden sich für das letzte, und nachdem sie sich des ihnen persönlich unangenehmen, weil zu kaiserlich gesinnten Ministerpräsidenten Rhuen-Hedervary entledigt hatten, begann unter Stephan Tisza die Schlußkatastrophe der liberalen Partei. Er suchte anfangs mit gekünstelten Auslegungen seiner militärischen Abmachungen die erbitterten Unabhängigen von der Obstruktion abzubringen, als sich aber diese überzeugten, daß jene Errungenschaften auch nicht im entferntesten den magyrischen Wünschen entsprachen, brach die heftigste Obstruktion aus, worauf am 5. Januar 1905 der Reichstag aufgelöst wurde. Die Wahlen am 26. Januar brachten einen so vollständigen Sieg der vereinigten Oppositionsparteien, daß sich kurz danach die liberale Partei auflöste.

Eine maß- und ziellose Agitation hatte nun wohl einen durchschlagenden Wahlerfolg errungen, der aber zunächst nicht auszunützen war. Der Kampf hatte eigentlich dem langjährigen Terrorismus und den wirtschaftlichen Sünden der liberalen Partei gegolten und war nur in der letzten Zeit infolge der zwiespältigen Haltung der liberalen Führer in den Streit um die Heeresfrage und die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes ausgeartet. Jetzt sah es allerdings so aus, als ob das Programm der Unabhängigkeitspartei gesiegt habe. Das konnte aber höchstens für die militärischen Fragen gelten, die Mehrheit der Neugewählten stand dagegen auf dem Boden des Ausgleichs,

infolge des Wahlkampfes allerdings noch in zwei für den Augenblick sehr erbitterten Lagern. Ein solcher Zustand bedurfte der Abklärung, denn an eine Übernahme der Regierung durch die Führer der siegreichen Koalition auf Grund ihres Wahlprogramms war nicht zu denken. Darum hatten die zahlreichen Konferenzen der ungarischen Koalitionsführer in der Wiener Hofburg kein Ergebnis, der Kaiser beharrte in den Heeresfragen auf seinem Standpunkte. Erst am 19. Mai berief er zur Führung der Geschäfte das „außerparlamentarische“ Ministerium Fejervary, worüber in der Presse hüben wie drüben nicht geringer Lärm gemacht wurde. Das Abgeordnetenhaus protestierte, die meisten Komitate und Städte verweigerten die Steuern und die Rekruten, aber die Bevölkerung blieb ruhig. Im Verlauf des Sommers machte nun der Minister des Innern mehrfach Andeutungen, daß man mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorgehen werde. Damit wäre freilich die Herrschaft der ungarischen Clique — einerlei, ob sie jetzt zur Minorität oder Majorität gehörte —, die bisher die politische Gewalt in Händen gehabt hatte, beseitigt worden; doch verlautete klugerweise in der Öffentlichkeit darüber kein Wort. Obgleich sich Fejervary selbst noch nicht für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hatte, schien es für die herrschende Clique doch die höchste Zeit, das gefährliche Ministerium loszuwerden, und die Führer der Koalition wurden von der ungarischen Aristokratie im stillen bestürmt, in der Armeefrage nachzugeben. Nachdem die Geneigtheit dazu der Wiener Hofburg bekannt gegeben worden war, trat nach der parlamentarischen Schablone das Ministerium zurück, und die Führer der Koalition wurden zu Verhandlungen nach Wien berufen. Da sie aber glaubten, nach der Beseitigung Fejervarys sei nun für sie das Feld ohne weiteres frei, ließen sie sich am 21. September vom Ausschuß der Koalition überreden, ihre alten Forderungen militärischen Inhalts wieder aufzunehmen.

Darauf folgte am 23. September der berühmte Empfang in der Hofburg zu Wien, bei dem der Monarch die Herren kurz abfertigte und sie mit einem schriftlichen Ultimatum entließ, in dem alle weiteren militärischen Zugeständnisse wiederholt abgelehnt wurden. Die Presse, die von den geheimen Vorverhandlungen nichts wußte und bisher schon immer die Sachlage zugunsten der ungarischen parlamentarischen Machterweiterungsgelüste ausgelegt hatte, verlor dieser Tatsache gegenüber alles Urteil und alle Objektivität und konnte oder wollte sie sich nur durch eine plötzliche Sinnesänderung des Monarchen erklären, während die Schwenkung ganz auf der andern Seite lag. Am 18. Oktober wurde das Ministerium Fejervary förmlich wieder eingesetzt, es kam im Lande wohl zu einigen leichten Unruhen, da aber die sozialdemokratischen Massen wegen des allgemeinen Stimmrechts für das Ministerium Partei nahmen, waren größere politische Demonstrationen nicht ins Werk zu setzen. Die gesamte innere politische Tätigkeit geriet nun allerdings ins Stocken, und da durch duldbendes Zuwarten die Koalition nicht zum Einlenken gebracht worden war, begann Baron Fejervary mit dem Jahre 1906, die

Zügel der Regierung etwas straffer anzuziehen. Zunächst wurden die widerrspenstigsten Obergespäne beseitigt und durch Vertrauensmänner der Krone ersetzt, was einige Ausschreitungen, Demonstrationen und Lärm in den Zeitungen zur Folge hatte und verschiedene Vermittlungsversuche und Verhandlungen mit sich brachte, die jedoch zu nichts führten, da Kaiser Franz Joseph von seiner Hauptforderung: Fallenlassen aller militärischen Begehren, nicht abging. Am 13. Februar empfing Fejervary bei der Audienz in Wien zwei königliche Verordnungen, nach denen am 19. Februar der ungarische Reichstag aufgelöst und am 1. März die Handelsverträge mit Deutschland und Italien in Kraft gesetzt werden sollten. Als königlicher Kommissar für die Reichstagsauflösung wurde der frühere Honvedminister General Nivry bestimmt. Man stöhnte in Ungarn über den „Absolutismus“, beschloß aber, unter Protest der Gewalt zu weichen. So ging die Reichstagsauflösung ganz ruhig hin, und die trotzigsten Militärforderer mußten erleben, daß dies unter dem Schutze von Honveds, die auf die ungarische Verfassung beeidet sind und magyarisch kommandiert werden — es waren allerdings der Vorsicht halber Rumänen — geschah. Die Börse begleitete das Ereignis mit einer ausgesprochenen Hauffe, was übrigens für das Verständnis des nun folgenden von Wichtigkeit ist.

Die Regierung rechtfertigte sich in einer Veröffentlichung an die Bevölkerung mit der Notwendigkeit der Beseitigung eines Zustandes, der in der Weigerung der parlamentarischen Mehrheit, die Regierung zu übernehmen, seinen Ursprung habe. Protestversammlungen und der Straßenverkauf der Zeitungen in Budapest wurden verboten, einige kecke Blätter konfisziert, die letzten oppositionellen Obergespäne entfernt. Die Koalition gab am 27. Februar zu ihrer Rechtfertigung noch ein zahmes „Manifest an die Nation“ heraus, in dem sie versicherte, sie sei bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Einige Änderungen im Ministerium schienen aber anzudeuten, daß sich Baron Fejervary auf eine längere Dauer seines Kabinetts einrichte, auch vereinbarte er mit einigen hauptstädtischen Banken einen Kontokorrentkredit von 100 Millionen, um den bedeutenden Ausfall an direkten Steuern zu decken. Die Koalition verdammt das unpatriotische Verhalten der Banken und setzte nun alle Hoffnung noch auf den 11. April, an welchem Tage nach den Bestimmungen der Verfassung für regelmäßige Zustände die Neuwahlen ausgeschrieben werden mußten. Das Ministerium erließ aber am 15. März, dem Gedenttag der Verfassung von 1848, eine Bekanntmachung des Inhalts, die Regierung werde erst dann zu Neuwahlen schreiten, wenn sie sicher sei, daß der neue Reichstag nicht einen völligen Umsturz der öffentlichen Ordnung und des staatlichen Ansehens bedeuten würde. Der dagegen protestierende Ausschuß der Koalition wurde aufgelöst. Die Presse warf die Frage der Verletzung des Krönungseids auf und suchte die Mär zu verbreiten, der Papst habe den König vom Verfassungseid entbunden. Als aber alles nichts half, und am 3. April in einem Kronrate in Wien, an dem auch die gemeinsamen Minister teilnahmen, beschlossen worden war, die Neuwahlen in Ungarn

nicht auszusprechen, entschieden sich die Führer der Koalition, in erster Linie Kossuth, dazu, in Verhandlungen mit der Krone einzutreten. Alle Kenner Ungarns waren längst darüber einig gewesen, daß der große Konflikt einen sehr theatralischen Abschluß nehmen werde, es handelt sich bloß noch darum, ihn geschieht in Szene zu setzen; an Regisseuren und an ausreichender parlamentarischer Staffage war kein Mangel. In Ungarn ist jene Sorte von Politikern, die das öffentliche Leben als Geschäft betreiben und darum für jede neue Mehrheit zu haben sind, zahlreicher als anderswo. Auf diese kann jede neue Richtung, die zur Herrschaft gelangt, zählen.

In der ersten Aprilwoche wurden Kossuth und Graf Andrássy zu Verhandlungen nach Wien berufen, die nun einen überraschend schnellen Verlauf nahmen und auf Grund der Indemnität für alle Verfügungen des Ministeriums Fejervary, der Bewilligung der Rekruten und der Durchführung der Wahlreform unter selbstverständlicher Ausscheidung der Kommandosprache geführt wurden. Um das Zustandekommen der Einigung soll sich besonders Kolonyi bemüht haben. Weterle wurde als künftiger Ministerpräsident bezeichnet, und Schwierigkeiten ergaben sich eigentlich nur bei der Zusammensetzung des Kabinetts. Es liefen dabei sehr verschiedene Strömungen nebeneinander her. Neben ehrlichen Bestrebungen, den Frieden zu suchen, waren verschleierte Gelüste, recht bald wieder zu den parlamentarischen Fleischtopfen zurückkehren zu können, und Intrigen, die agrarische katholische Volkspartei auszuschließen, tätig. Was darüber an die Öffentlichkeit kam, entspricht sicher nicht der vollständigen Wahrheit. Die Presse in Wien und in Budapest war einmütig in der Versicherung, daß die Koalition große Opfer gebracht habe, um den drohenden Absolutismus vom Lande fernzuhalten, im übrigen sei ihr Sieg vollständig. Die Krone habe in allen Punkten nachgegeben; anerkannt wurde höchstens, daß sie sich geschämt habe, durch Wahrung des Termins vom 11. April die Verfassung zu verletzen, was doch kaum entscheidend gewesen sein dürfte. Diese Anschauungen wurden so einstimmig in den Blättern vertreten, daß sie allgemein geglaubt wurden. Und sie waren doch ebenso irrig wie alle frühern Mitteilungen der Presse über die jeweilige Lage des Verfassungskonflikts zwischen der Krone und dem ungarischen Reichstage. Eine geradezu lächerliche Ausstreuung war offenbar die, daß die Zurückstellung der Kommandofrage einen Sieg der Koalition bedeute. Bei unbefangener Beurteilung der Entwicklung dieser ganzen Angelegenheit kann man doch nur zu dem Schlusse kommen, daß die Formel der Zurückstellung nichts andres als eine von der Krone zugestandne goldne Brücke war, über die die Führer der Koalition zu den Ministeresseln schreiten konnten, ohne vor dem ungarischen Volke zugestehn zu müssen, wie weit sie nachgegeben hatten. Es stellte sich auch schon nach wenigen Monaten heraus, daß sie einen Teil der militärischen Abmachungen einfach verschwiegen hatten, gerade wie zu Liszacs Zeiten.

In Ungarn war der Jubel groß. Als am 9. April die schon in Wien vereidigten Minister nach Budapest zurückkehrten, war die Stadt festlich beflaggt,

etwa hunderttausend Menschen jubelten dicht gedrängt in den Straßen, die Menge spannte Wexlerle, Kossuth und Polonyi die Pferde aus und ließ zur Abwechslung wieder einmal den „konstitutionellen“ König hochleben. Man wird die große Begeisterung wohl in der Hauptsache auf die allgemeine Befriedigung über die Beseitigung einer höchst unerquicklich gewordenen Lage und auf das Friedensbedürfnis der Bevölkerung zu schreiben haben, der die aufgeworfne Militärfrage, wie die Ereignisse gezeigt haben, ziemlich unverständlich, wenn nicht gleichgiltig war. In Wirklichkeit mußte das neue Ministerium die bisherige Rekrutenziffer bewilligen und hatte sich noch — was aber zunächst verschwiegen blieb — verpflichtet, im dringenden Falle auch eine Erhöhung zuzugestehn, ferner mußte es das Zollbündnis mit Oesterreich bis 1917 verlängern, dem Ministerium Fejervary Indemnität erteilen und das allgemeine Wahlrecht durchführen. Unter diesen Bedingungen, und noch dazu ohne das allgemeine Wahlrecht, hätte die Koalition die Regierung schon vierzehn Monate früher antreten können. Es gehört eine besond're politische Beanlagung dazu, das als einen Sieg der Koalition über die Krone anzusehen, aber die Presse belehrte einstimmig die Bevölkerung in diesem Sinne. Die Abklärung der Parteien, von der schon gesprochen worden ist, war inzwischen vor sich gegangen, wenn auch nur im Sinne der an der Fortdauer der bisherigen parlamentarischen Wirtschaft Beteiligten und Interessierten. Die Führung dabei hatte die ungarische Großfinanz, die schon unter der liberalen Parteiherrschaft die eigentliche politische Leitung in der Hand gehabt hatte, und der nichts daran lag, daß die Koalition in ihrer gesunden agrarischen Richtung zur Regierung kam. Die Finanzwelt hatte, um ihre Macht zu zeigen, schon Fejervary unterstützt, aber bloß um der Koalition vor Augen zu führen, daß sie ohne die Börse ohnmächtig sei. Der Wink wurde verstanden, mußte ja auch verstanden werden, und danach kam nach und nach die Verständigung zustande, bei der unter dem Namen der Koalition die einstige parlamentarische Herrschaft wiederhergestellt wurde. Der Name Wexlerle sagt alles. So wurde aus dem Wahlsieg über die liberale Partei einfach die Fortsetzung der bisherigen innern Politik unter den Führern der gewählten Mehrheit, die wieder von dem ehemaligen liberalen Minister und Vertrauensmann der Börse, Wexlerle, geführt wurden. Die Heeresfragen hatte man, soweit sie dringlicher Natur waren, bewilligt, die große Streitfrage aber vertagt. Die Hoffnungen auf wirtschaftliche Reformen, um derentwillen das Volk die Herrschaft der liberalen Partei gebrochen hatte, werden sich nicht verwirklichen.

Die Neuwahlen, die nun sofort ausgeschrieben wurden, brachten der Kossuthpartei für sich allein die Mehrheit im Hause; die Gewählten waren aber bei weitem nicht alle echte Kossuthianer. Wenn man in Betracht zieht, daß gleich nach der Eröffnung der Session nicht weniger als 172 Abgeordneten (von 453) die Diäten gepfändet wurden, läßt sich verstehn, wie viele ein wirtschaftliches Interesse daran hatten, daß die Parlamentsmühle wieder klapperte

und Diäten lieferte, und daß sie sich der ausschlaggebenden Partei anschlossen. Dazu kamen noch die zahlreichen Industriellen, die für ihre Unternehmungen Staatsunterstützungen genossen hatten, unter Fejervary aber nichts erhalten konnten, weil man ihm die Steuern verweigerte. Hier lagen die hauptsächlichsten Triebfedern für die beschleunigte Inszenierung des „Siegess der Koalition“ und der Wiederbelebung des Parlamentarismus. Das Haus erledigte im Fluge die Handelsverträge und die Rekrutenbewilligung. Um seinen Landsleuten zu schmeicheln, hatte Wekerle bei der Regierungsübernahme ausbedungen, daß der Zolltarif nur als ungarischer und nicht als gemeinsamer „inartikuliert“, d. h. zum Gesetz erklärt werden solle. Der österreichische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe benutzte zwar diesen Umstand, um zurückzutreten, in Österreich entstand auch große Aufregung darüber, die sich aber legte, als man dahinter kam, daß dieser formelle Unterschied in Wirklichkeit wenig zu besagen hat. Die Ende Oktober 1906 erfolgende Ernennung des neuen gemeinsamen Kriegsministers Feldzeugmeister Schönaid unter der ausdrücklichen Bezeichnung als „Reichskriegsminister“, die sein Vorgänger Feldzeugmeister von Pitreich auf Einwendung der Ungarn „der Kürze halber“ hatte fallen lassen, zeigte, daß die Krone in der Heeresfrage keineswegs nachgegeben hatte. Das bewies auch die weitere Tatsache, die kurz danach bekannt wurde, daß das Koalitionsministerium eine Verpflichtung auf Erhöhung der Rekrutenziffer übernommen hatte. Das Stutzen der Bevölkerung darüber wurde aber durch den allgemeinen nationalen Freudentaumel übertönt, mit dem die Überführung der Gebeine Rakoczys und seiner Verbannungsgenossen nach Ungarn ins Werk gesetzt wurde. Sonst wurden die parlamentarischen und Regierungsgeschäfte schlecht und recht fortgeführt, man begnügte sich mit der Erledigung der laufenden gesetzgeberischen und Regierungsarbeiten, das Ministerium entledigte sich des immer zweifelhafter gewordenen Polonyi, dem öffentlich Dinge vorgeworfen wurden, die auch in den korruptesten Perioden des ungarischen Parteiregiments als unerhört gegolten hätten. Bezeichnend ist es übrigens, daß bis heute noch kein gerichtlicher Schritt gegen den ehrenwerten Herrn erfolgt ist. Er ist eben, wenn auch ein etwas anrüchiges, Mitglied der herrschenden Clique und erfreut sich der Gunst der Börse.

Wem nicht aller Sinn für politische Ironie abhanden gekommen ist, den müssen die weiteren Wandlungen ergötzen, zu denen die Notwendigkeit, sich in der Herrschaft zu erhalten, die herrschende Partei nötigte. Die Krone wünschte im Interesse der Aufrechterhaltung der Monarchie und der Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen die Erneuerung des Ausgleichs auf weitere zehn Jahre. Ein Wunsch der Krone ist den Ungarn niemals als besonders zwingend erschienen, aber jeder vernünftige Mensch jenseits der Leitha war gar nicht im unklaren darüber, daß der Ausgleich eine dringende Notwendigkeit für das Land ist, da sich sonst die schleichende volkswirtschaftliche Krise zu einer gewaltigen Katastrophe entwickeln mußte. Gerade die Verwirrung, die durch

die politische Hege der koalitierten Parteien drei Jahre hindurch betrieben worden war, hatte in verderblicher Weise gewirkt. Die Koalitionsregierung mußte darum im eignen Staatsinteresse alles tun, um den Ausgleich durchzusetzen. Nun verdankt aber die Unabhängigkeitspartei gerade ihre heutige Größe nur der unermüdblichen Agitation für das vermeintliche zukünftige magyarische Paradies mit der wirtschaftlichen und politischen Loslösung von Oesterreich. Jetzt mußte sie einen Ausgleich durchführen, der Ungarn bis zum Jahre 1917 und nach aller Wahrscheinlichkeit auch über diesen Termin hinaus an Oesterreich bindet. Der Treppenvitz der Weltgeschichte könnte gar kein vernichtenderes Beispiel für den Unverstand leerer politischer Agitationen erfinden als dieses wohlverdiente Schicksal der ungarischen Koalitionsregierung, die noch immer so hieß, obgleich sie eigentlich keine mehr war. Die Verhandlungen über den Ausgleich, die schon im September 1906 begonnen hatten, wurden zu wiederholten malen abgebrochen, und die gedruckte öffentliche Meinung gab ebenso oft ihr Urteil dahin ab, daß sie gänzlich aussichtslos seien. Wenn das „Glanzkabinett“, das so genannt wurde, weil ein Kossuth darin saß, wirklich ein Ministerium der Koalition gewesen wäre, war diese Ansicht auch ganz richtig, aber das war es ja schon bei seiner Entstehung nicht mehr, und Franz Kossuth, der als Träger des Namens seines Vaters erst 1894 mit dessen Asche ins Land zurückgekehrt und sofort an die Spitze der Kossuthpartei gestellt worden war, teilt aus Neigung und langjähriger Erfahrung im Auslande weder ihre intransigenten noch revolutionären Bestrebungen. Trotz der bitteren Notwendigkeit, den Ausgleich abschließen zu müssen, hätte das Ministerium freilich gern gesehen, wenn es die österreichischen Unterhändler hätte übervorteilen können, aber es fand in Freiherrn von Beck einen ebenbürtigen Gegner. Es kam darum ein gerechter Ausgleich zustande, der beide Teile befriedigen konnte.

Die Welt war aber doch einigermaßen überrascht, als bekannt wurde, daß am 5. Oktober der Ausgleich zwischen beiden Ministerien vereinbart worden war. Es braucht hier nicht verschwiegen zu werden, daß gerade in diesen Tagen im Befinden des greisen Kaisers Franz Joseph eine Verschlimmerung eingetreten war, die bei dem hohen Alter des Monarchen ernste Befürchtungen erweckte. Vom Nachfolger ließ sich kaum eine den Ungarn günstigere Stimmung in den Ausgleichsfragen erwarten. Es ist überflüssig, hier auf die Bestimmungen des Ausgleichs einzugehen, da diese das Ausland nicht berühren; dagegen waren alle wahren Freunde der habsburgischen Monarchie aufrichtig erfreut, daß nach zehnjährigen Kämpfen dem Reiche eine Friedensperiode in Aussicht stand, die ihm gestatten würde, wenigstens das gänzlich verwilderte parlamentarische Leben wieder in Ordnung zu bringen. Denn obgleich in beiden Reichshälften der Ausgleich einer großen Mehrheit sicher war, mußte er doch durch außergewöhnliche parlamentarische Maßnahmen durchgesetzt werden: in Wien durch einen Dringlichkeitsantrag, damit er neben der Unzahl

andrer Dringlichkeitsanträge überhaupt zur Beratung gelangen konnte, in Pest durch ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz, durch das in einer en bloc-Beratung die Obstruktion der Kroaten gebrochen wurde. Die Kroaten obstruieren, weil ihnen auf den ihr Land durchziehenden Staatsbahnen die ungarische Sprache als Dienstsprache aufgebrängt werden soll. Nach dem Charakter des vom Unterrichtsminister Grafen Apponyi für Ungarn durchgeführten Unterrichtsgesetzes, das alle nationalen Schulen der Willkür der ungarischen Behörden überliefert, haben sie alle Ursache, den milden Auslegungen, die der Handelsminister Kossuth seiner Sprachenverordnung für die Staatsbahnen gegeben hat, gründlich zu mißtrauen. Zur Strafe ist der kroatische Landtag aufgelöst worden, und das Königreich Kroatien hat seit wenigen Monaten schon den dritten Banus. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß das Ministerium nur darum einen so scharfen Ton gegen die Nationalitäten angenommen hat, um seine Mannen unter dem Banner des magyarischen Chauvinismus möglichst zusammenzuhalten, denn unter den alten echten Kossuthianern befanden sich viele, die die Ausgleichsaktion nicht mitmachen wollten, und denen der althergebrachte Parteigrundsatz: Los von Oesterreich über alle wirtschaftlichen Nöthe des Landes ging. Einige zwanzig sind aus der Partei ausgetreten und bereiten nun neben gewissen Eigenbrödlern, wie Baron Banffy, der immer noch hofft, daß für ihn noch einmal eine neue ministerielle Kra kommen müsse, dem Ministerium bedeutende Schwierigkeiten. Diese können sehr groß werden, da endlich einmal die Heeresfragen zur Entscheidung gebracht werden müssen. Das Kabinett wird sich aber in der Herrschaft zu erhalten suchen; doch sind theatralische Wendungen auch für die nächste Zeit nicht ausgeschlossen.



Geheime oder öffentliche Wahl

Don Georg W. Szielle

I



ie Politik ist ihrer Natur nach ein Geschäft der Öffentlichkeit. Oder vielmehr die Geschäfte der Öffentlichkeit, des gemeinen Wesens, sind Politik. Wer sich daran beteiligen will, der muß in das blendende Licht und die scharfe Luft der Öffentlichkeit hinaus. Er sei Reichs- oder Landtagsabgeordneter, Stadtverordneter oder Stadtrat, Bürgermeister, Landrat oder Minister; so erfährt er bald, daß der kluge Philister ihn verlacht, umstellt, beschimpft, um so mehr, je größer sein Einfluß ist. Auch wer eine Partei, das ist einen politischen Gesamtwillen, organisiert oder führt, für einen Kandidaten, eine Partei, eine